

Die Triebkräfte der Desinformationsgesellschaft

Drei Triebkräfte sind es, die die Auflösung allgemein anerkannter Informationsstandards beschleunigen und die dazu führen, dass uns mehr und mehr das Koordinatensystem entzogen wird:

1. Das Interesse der Wirtschafts-Akteure an Desinformation

Es sind vor allem die großen Wirtschaftsakteure, die von der Desinformation profitieren. Wem es gelingt, dem kritischen

Verbraucher den klaren Verstand zu rauben, kann ihm minderwertige Ware unterjubeln, erhöhte Preise abverlangen oder ihn mit Knebelverträgen langfristig an sich binden. Der aufgeklärte, wissende Konsument verlangt Qualität, ein faires Preis-Leistungs-Verhältnis und Entscheidungsfreiheit. Niemand wird freiwillig minderwertige Ware zu einem erhöhten Preis kaufen und sich zu solchem Verhalten auch noch jahrelang verpflichten. Genau das aber wird möglich, wenn der Verbraucher nicht mehr weiß, was er tut. Telefonkonzerne und Stromversorger führen derzeit sehr anschaulich vor, wie Desinformation auf dreistem Niveau funktioniert. Doch dazu später mehr.

Bei alledem haben die großen und mächtigen Unternehmen nicht nur durch Bildung von Oligopolen die Möglichkeit, marktbeherrschende Positionen einzunehmen und den Verbraucher schon allein dadurch zu – für den Verbraucher – unökonomischem Verhalten zu zwingen. Sie haben vielmehr auch die besseren Möglichkeiten, eigene »Wahrheiten« oder »Fakten« in die Welt zu setzen – sei es durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung, Public Relations oder Lobbyarbeit. Bürgerinnen und Bürger hingegen, die versuchen, sich über die für sie relevanten Angebote zu informieren, sehen sich zunehmend von einem Überangebot an Information (und gezielter Desinformation!) überrollt und überfordert. So kann man ihnen letztlich alles verkaufen – Produkte, Dienstleistungen, politische Meinungen, Kriege.

Während der Teich für die Fische immer undurchsichtiger wird und es den Anglern also leichter fällt, Beute zu machen, entwickeln die großen Fischereibetriebe ausgeklügelte Systeme, um doch wieder Durchblick zu bekommen. Sie nutzen die große Maschinerie der Desinformation – das Internet und die damit verknüpften Technologien – nicht nur, um Trübung zu verbreiten, sondern schaffen sich selbst gewissermaßen wasserfeste Nachtsichtgeräte, mit denen sie jeden einzelnen Fisch orten und verfolgen können. So können sie den Zeitpunkt des Beutezuges optimieren, damit die Fische nicht zu klein zum Verzehr, aber auch nicht zu alt für den Genuss sind. Und nebenbei die angestellten Angler kontrollieren, ob sie maximale Leistung erbringen, auch wenn sie dafür nur minimale Gegenleistung erhalten.

Im Klartext: Große Organisationen nutzen das moderne Instrumentarium der Informationstechnik für sich und tun dies immer aggressiver, indem sie ihre Kunden und ihre Mitarbeiter bis in intimste Details hinein ausspionieren, massenhaft Daten speichern und so lange miteinander abgleichen, bis sich daraus relevante Informationen ableiten lassen. Die in den Jahren 2008 und 2009 bekannt gewordenen Spitzelaffären bei Lidl und der Deutschen Bahn AG sind hier nur die Spitze des Eisbergs.¹³

2. Die Macht- und Ahnungslosigkeit der Politik

Das Erschreckende ist, dass die Desinformation auf keinerlei Widerstand von politischer Seite trifft. Die Politik – wenn sie nicht selbst genau wie die Wirtschaft großes Interesse an einer großflächigen Desinformation hat – hat nämlich keine Handhabe mehr, um Desinformation zu verhindern. Dazu fehlt ihr mittlerweile fast vollständig die Kompetenz. Um Desinformation auszuräumen, muss man sie ja erst mal als solche erkennen und sie dann durch Information aushebeln. Dazu fehlt der Politik nicht nur die Kompetenz, sondern auch zunehmend die Macht. Die hat die Politik zu einem Großteil nämlich längst abgegeben.

Am 15. September 2008 hielt Peer Steinbrück eine vielbeachtete Rede zur Finanzkrise, in der er betonte, stabile und funktionsfähige Finanzmärkte gehörten nicht den Banken, auch nicht den Bankern. Sie seien vielmehr ein öffentliches Gut.

»Sie sind unverzichtbar für jeden Handwerker, der einen Betriebsmittelkredit haben möchte, sie sind unverzichtbar für jedes große Unternehmen, das arbeitsplatzerhaltende oder arbeitsplatzerweiternde Investitionen vornehmen möchte, sie sind unverzichtbar für jede Kommune, wenn sie Kassenkredite braucht, sie sind unverzichtbar für Infrastrukturfinanzierungen in Deutschland, sie sind unverzichtbar für alle Menschen, die für das Alter sparen und damit ein auskömmliches Einkommen im Alter haben möchten, sie sind unverzichtbar für alle Sparerrinnen und Sparer in Deutschland, die einen wettbewerbsfähigen Finanzsektor brauchen, auch um die günstigsten Konditionen zu bekommen.«¹⁴

Deswegen und zur Verteidigung dieses öffentlichen Gutes müsse der Staat Rettungsmaßnahmen ergreifen, wenn es geboten sei: »Wenn es auf den Weltfinanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden.« Die Brandstifter müssten daran gehindert werden, so etwas wieder zu tun, Brandbeschleuniger müssten verboten werden, und es müsse für einen besseren Brandschutz gesorgt werden.

Steinbrück verteidigte den kurzerhand von der Regierung aufgespannten Rettungsschirm, der von neoliberaler Seite scharf kritisiert wurde, und freute sich über »die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen« und darüber, »dass sich Europa in einer solchen Krise doch als sehr viel handlungsfähiger und entscheidungsfähiger erweist, als wir das je angenommen haben.«

Starke Worte, aber die Realität sah anders aus. Der Finanzminister befand und befindet sich nämlich in einer außerordentlich schwachen Situation.

Es entbehrte nicht einer gewissen Komik, dass man in dieser Situation den Bock zum Gärtner machte, oder treffender noch, den Brandstifter zum Feuerwehrmann. Mit am Tisch in der hochgeheimen Arbeitsgruppe zur Lösung der Finanzkrise saßen nämlich ausgerechnet Vertreter der großen Privatbanken, die kräftig am Entstehen der Krise mitgewirkt hatten – unter anderem, weil die Politik gar nicht mehr über das Personal verfügt, um selbst Lösungen zu entwickeln. Es fehlte offensichtlich nicht nur an kompetenten politischen Mitarbeitern, sondern auch am politischen Willen, den Brandstiftern wirklich etwas entgegenzusetzen. Die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Genossenschaftsbanken und auch die Sparkassen, die von der Krise so gut wie nicht betroffen waren und als Modell für eine Neuordnung des Finanzwesens hätten dienen können, wurden bei der Lösungssuche gar nicht erst dazugebeten. Lieber wollte man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Als eine Woche nach der Lehman-Pleite die Hypo Real Estate, der wichtigste Anbieter von Pfandbriefen in Deutschland, unerwartet ebenfalls vor dem Bankrott stand, es war am 25. September 2008, berief die Finanzaufsicht BaFin eilig eine Krisensitzung ein. 48 Stunden wurde diskutiert, dann galt eine Rettung als un-

möglich. Jetzt war es die Kanzlerin Angela Merkel, die zur Tat schritt, nicht indem sie selbst etwas unternahm, sondern indem sie den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Josef Ackermann einschaltete. Binnen weniger Stunden hatte der gemeinsam mit anderen Bankern einen Deal ausgehandelt: Der Staat gab Geld, die Banken auch, Hypo Real Estate galt als gerettet. Besser kann man die Machtlosigkeit von Staat und Aufsichtsbehörden nicht demonstrieren als mit Hilfe dieses Beispiels! Zudem hatten die Banken uns alle schön über den Tisch gezogen: Die gut vernetzten und informierten Kreditgeber der Hypo Real Estate – sprich die anderen Banken – wollten sich zwar mit 40 Prozent an den Kosten beteiligen, aber nur bis zu einem Schadensfall von 10 Milliarden, sprich 4 Milliarden für die Banken. Mehr sei auch nicht zu erwarten. Mittlerweile beträgt der Schaden für uns alle gut 110 Milliarden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Hätten wir einen funktionierenden Staat, so wie wir ihn bis Anfang der 1980er Jahre hatten, dann hätte die Rettungsrunde aus Ministerialbeamten, die sich im Sinne Max Webers dem Gemeinwohl verpflichtet fühlte, sich auf ein auskömmliches Gehalt und eine auskömmliche Pension verlassen und sich nicht an die Öffentlichkeit gedrängt. Sie würde ihren Politikern Vorschläge unterbreiten, die sicherlich auch kritikwürdig und manchmal vielleicht etwas bürokratisch, aber zweifellos am Gemeinwohl und an Recht und Gesetz orientiert wären. Und der Staat hätte sich nicht von Privatinteressen über den Tisch ziehen lassen.

Besondere Petitesse in dieser »staatlichen« Rettungsaktion ist, dass die Hypo Real Estate einer der großen Finanzierer von staatlichen Haushalten, Kommunen und Ländern ist. Bei einem Bankrott wären auch die staatlichen Versorgungswerke, Berufsgenossenschaften sowie deutsche Länder und Kommunen in Mitleidenschaft gezogen worden. Und so zog sich der Staat wie der Lügenbaron Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Schlamassel – mit freundlicher Unterstützung mächtiger Bankvertreter und mit Hilfe eines entschlossenen Griffs in die Portemonnaies der Bürger. Die werden den Schwund in der Geldbörse erst bemerken, wenn die Verantwortlichen sich dünne gemacht

haben – die Staatsbarone machten nämlich einfach Schulden, und die werden von den nächsten Generationen bezahlt.

Profitiert haben von der Aktion letztlich nur die Finanzgiganten, denen in der Folge der Krise billiges Geld hinterhergeworfen wurde und die nicht für die Kredite eintreten müssen, die sie der Hypo Real Estate gegeben hatten. Wer die niedrigen Zinsen nicht gleich an die Endkunden weitergab, machte in den folgenden Monaten ein sattes Plus. Deswegen jubelten die meisten Banken bereits wieder über Gewinne, als die Auswirkungen der Krise noch nicht einmal beim Mittelstand, geschweige denn beim Bürger angekommen waren. »Haltet den Dieb!«, möchte man schreien, doch die theoretisch zuständige Polizei, die Finanzaufsicht BaFin nämlich, sitzt vor dem Scherbenhaufen des Finanzcrashs und dreht sich macht- und ahnungslos um sich selbst.

Dieser Macht- und Ahnungslosigkeit der bloß formal Regierenden spielt in die Hände, dass Politik zunehmend zum Showgeschäft verkommt. Fachliche Kompetenz wird nur noch von den angestellten Referenten verlangt, die gewählten Vertreter auf den eigentlichen Machtpositionen verstehen immer weniger, worüber sie eigentlich entscheiden. Das ist nicht unbedingt neu. Personen waren schon immer wichtig in der Politik; als Wortführer der Parteien mussten sie den politischen Programmen ein Gesicht geben und das Volk für die jeweiligen Inhalte begeistern. Und auch seit jeher gilt:

Wenn Politiker sich nicht trauen, eine eigene Linie zu vertreten, gründen sie eine Kommission oder beauftragen einen Sachverständigenrat, Empfehlungen zu erarbeiten, die sie dann annehmen oder ablehnen können. Dadurch entledigen sie sich der fachlich anspruchsvollen Fleißarbeit und können sich auf die Außendarstellung ihrer (Nicht-)Arbeit gegenüber dem Volk konzentrieren. Aber heute geht es fast nur noch um Personen und fast gar nicht mehr um Programme. Politische Meinungen und Richtungen werden damit so austauschbar wie die Personen, von denen sie vertreten werden. Der vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer überlieferte Ausspruch: »Wat kümmert mich ming Jeschwätz von jestern« ist zwar eine alte kölsche Redewendung, die verdeutlichen soll, dass sich manche Weishei-

ten mit der Zeit überholen; aber inzwischen ist diese schnippi-sche Floskel zur zutreffenden Beschreibung davon geworden, wie Politiker mit ihren Aussagen umgehen: Binnen Tagesfrist werden politische Statements durch andere, zum Teil gegenteilige ersetzt, Meinungen gedreht – Opportunismus gehört zum politischen Tagesgeschäft.

Was auch daran liegt, dass die vormalig kritische Journaille sich längst zu einer unkritischen Meute von Ja-Sagern gewandelt hat, die entweder nicht hinterfragt, wenn sich ein Politiker widerspricht, oder es schon gar nicht mehr merkt.

3. Die Schwächung der Medien und des Journalismus

Boulevardjournalismus gab es schon immer. Aber mittlerweile infiltriert die Gier nach Sensation fast jedes Medium. Die Erörterung und Bewertung von Hintergründen bleibt auf der Strecke. Das hat nicht zuletzt mit der permanenten Beschleunigung der Informationsvermittlung zu tun, die ein sorgfältiges Überprüfen von Informationen fast unmöglich macht. Wenn sich ein Journalist heute tatsächlich noch an den alten Wahrheits-Kodex hielte (jede Nachricht muss in der Sache nachprüfbar und durch zwei unabhängige Quellen bestätigt sein), könnte er auch gleich sein Kündigungsschreiben aufsetzen. Eine Information ist nur dann eine gute (= medial wirksame) Nachricht, wenn sie schnell und vor allen anderen publiziert wird. Immer öfter erleben wir deswegen, dass auch seriöse Medien eine Art »Rückrufaktion« starten, also Dementis publizieren, in denen sie kurz vorher gemeldete Informationen durch aktuelle, neue, andere Informationen ersetzen. Rhetorisch wird dann sowohl die Ungeprüftheit wie auch der spätere Widerruf einer Information geschickt in absichernde Floskeln verpackt: Zunächst heißt es: »aus gut informierten Kreisen war zu hören ...«, »Insider wissen, dass ...« oder »ein enger Vertrauter berichtete ...«. Später wird dann zurückgerudert: »... widersprach den bisherigen Verlautbarungen«, »... entgegen den ersten Meldungen ...« oder »... nicht wie bislang behauptet ...«

Die Quelle wird von vorneherein vertuscht, und selbst wilde Gerüchte oder originelle Erfindungen des Berichterstatters kommen in eleganter Rhetorik eingekleidet vermeintlich seriös

daher. Und im späteren Widerruf wird mit Passivwendungen oder diffusen Quellenangaben vertuscht, dass es gar keine ernstzunehmende Informationsquelle gab, die man für die Desinformation zur Rechenschaft ziehen könnte.

Die immer kürzeren Recherchezeiten gehen einher mit dem wachsenden Zwang, Sensationen zu produzieren. Waren einstmals noch Fahrraddiebstähle oder der Überfall auf die Tankstelle eine Meldung wert, gibt es heute keine polizeilichen Meldungen unter dem Niveau eines Massenmörders oder Sexmonsters. Dieses blutrünstige Heischen nach Sensationen hat längst auch Einzug in die vormals knochentrockene Finanzwelt gehalten: »Autobranche wird bluten müssen«, »Vampirkrake Goldman«, »Prügelknabe der Bankenwelt« ...

Egal, ob man *Handelsblatt*, *Financial Times* oder *FAZ* aufschlägt, die Börsenberichterstattung ähnelt immer mehr dem Sportteil: »Börsen verlangsamen Gewinntempo«, »Dow Jones setzt Rekordkurs fort«, »Dax rettet sich über 5300 Punkte«. Unternehmensberichte gleichen Klatschblättern. Wirtschaftsmagazine unterscheiden sich oftmals nur noch dadurch von der *Bunten*, dass es nicht um adrett gekleidete Damen, sondern um elegant angezogene Männer geht.

»Die Sensation ist letztlich Desinformation, da sie den Zusammenhang der Dinge sprengt.«¹⁵ Besser, als es der damalige Bundespräsident Walter Scheel am 12. Oktober 1977 in einer Rede vor dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ausdrückte, kann man es eigentlich nicht sagen.

In einem brillanten, aber leider nicht sehr beachteten Buch »*Geist oder Geld*« beschreibt Hans-Jürgen Jakobs, Chefredakteur der Online-Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung*, den großen Ausverkauf der freien Meinung.¹⁶ In den letzten fünfzehn Jahren, so konstatiert Jakobs, habe der Kostendruck auf die Nachrichtenredaktionen extrem zugenommen. Dies hänge nicht zuletzt damit zusammen, dass sich die Generation der ab 1980 Geborenen zunehmend im Internet informiere und dass dort die meisten Inhalte frei zugänglich sind. Das ist im Übrigen eine Entwicklung, die Kai Dieckmann, *Bild*-Chefredakteur, als »verfluchten Geburtsfehler des Internet« bezeichnet.¹⁷

Die Folge: Den Zeitungen brechen die Abonnentenzahlen weg. In den USA kämpfen viele Zeitungen um das nackte Überleben, auch in Deutschland wandern immer mehr Zeitungsverlage in die Hände von Großkonzernen, die – wie Rupert Murdoch zu Beginn seiner Karriere als Medienmogul – die Redaktionen dramatisch ausdünnen und verkleinern. Selbst die öffentlich-rechtlichen Anstalten orientieren sich zunehmend an leichtem Entertainment und Werbeeuros, denn es ist nicht die gesicherte Grundfinanzierung, die einen Verhaltensanreiz setzt, sondern die zusätzlichen Einnahmen, die man über Werbung und Zuschauerzahlen generieren kann.¹⁸

Unabhängiger Journalismus bleibt zunehmend auf der Strecke. Redaktionen sind dankbar für vorformulierte Meinungen, die aus den PR-Abteilungen der Unternehmen und Ministerien kommen. Und damit schließt sich der Kreis der Triebkräfte der Desinformationswirtschaft: Die Wirtschaftsakteure haben größtes Interesse an Desinformation. Die Politik hat entweder dasselbe Interesse und profitiert von einer desinformierten Bevölkerung oder ist zwar im besten Fall gewillt, offen und ehrlich zu informieren, aber dazu selbst nicht mehr in der Lage. Und die Medien – ursprünglich neben den Machtinstanzen Legislative, Exekutive und Judikative als kritische (!) »vierte Gewalt« betrachtet – sind als Dritter im Bunde zum reinen Multiplikator der Desinformation mutiert.

Wie sehr dieses Desinformationsbündnis ineinandergreift und durch seine verzerrende Darstellung, die mal gezielt gesetzt, mal bewusst in Kauf genommen und mal auch unbewusst mitgemacht wird, unser aller Wirklichkeit verändert, können wir tagtäglich und tausendfach erleben. Dieses Buch ist lediglich eine Momentaufnahme. Es soll den Zustand beschreiben, den wir heute erreicht haben, wohl wissend, dass der einmal begonnene Trend noch lange nicht an seinem Endpunkt angekommen ist. Wie wir im Folgenden sehen werden, ist unser Status heute die Folge einer lange andauernden Entwicklung, in der sich die zum Informationscrash führenden Kräfte noch weiter verstärken werden.